2. März 2018 - Leserbrief: "Sozialstaatsgebot wieder in Kraft setzen"

Leserbrief an die RZ und die Ruhr-Nachrichten.

„Sozialstaatsgebot wieder in Kraft setzen“

Die seit 20 Jahren etablierten Armenspeisungen infolge der rot-grünen Agenda-Politik mit nachfolgender GroKo haben sich im reichsten Land Europas seither zahlenmäßig verdreifacht: Über 1,5 Mio. hungrige Menschen stehen in den ehrenamtlich organisierten Tafelläden und Suppenküchen Schlange. (Gleichzeitig hat sich auch die Zahl der Obdachlosen verdoppelt).

Ausgerechnet die dafür verantwortlichen Politiker empören sich jetzt moralisch über das umstrittene Vorgehen der Ehrenamtlichen in Essen und Marl, denen die Alltagsprobleme vor Ort über den Kopf wachsen, wenn am untersten Rand die hungrigen Flüchtlinge und die hungrigen Deutschen aufeinanderprallen, weil sie von der Politik im Stich gelassen werden.

„Wir schaffen das?“ Die Politik hat es lediglich geschafft, das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes gemäß Artikel 20 (1) und 28 (1) faktisch außer Kraft zu setzen, obwohl es als „Staatszielbestimmung“ nach Artikel 79 (3) GG im Kern nicht angetastet werden darf!

Kümmert Euch also gefälligst schnellstens um die Wiederherstellung der Sozialen Grundrechte und Menschenrechte für die Ärmsten der Armen im reichen Deutschland und macht die Tafeln überflüssig! Denn die Mindestlöhne und das Rentenniveau in Deutschland sind europaweit am untersten Ende, und der Sozialhilfesatz nach Hartz IV ist laut Sozialverbänden völlig unzureichend – so dass all die Betroffenen auf Lebensmittel-Spenden dauerhaft angewiesen bleiben sollen?

Doch davon steht kein Wort in den GroKo-Vereinbarungen der „christlichen“ und „sozialen“ Parteipolitiker der „großen“ Volksparteien“....

Wilhelm Neurohr